

Presse-Informationen



Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand



GEWERKSCHAFT
NAHRUNG-GENUSS-GASTSTÄTTEN
Hauptvorstand

Berlin, 7. Dezember 2006
Bundespressekonferenz

NGG und GdP fordern Bundesfinanzpolizei und Bündnisse gegen Schwarzarbeit „Den Schwarzarbeitgebern das Handwerk legen!“

Für das Jahr 2007 erwarten Experten ein Anwachsen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Ursachen dafür sind u.a.:

- die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent,
- die Abschaffung der Eigenheimzulage,
- die Abschaffung der „Ich-AG“.

Die Schattenwirtschaft werde sich nach Auffassung der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in den Jahren 2006 und 2007 um bis zu 4,2 Mrd. Euro erhöhen; d.h., von 346,2 Mrd. (im Jahr 2005) auf 349,3 Mrd. Euro (2006) bzw. 350,4 Mrd. Euro (2007). Dies wäre ein Zuwachs um bis zu 1,2 Prozent.

Den unbestritten dominierenden Anteil der Schattenwirtschaft machten Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung aus, die mittlerweile ein alarmierendes Ausmaß erreicht hätten. Betroffen seien – wie aus der Vergangenheit bekannt – vor allem das Baugewerbe, das Handwerk, der Gartenbau, das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie soziale haushaltsbezogene Dienstleistungen.

Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender: „Alarmierend ist die Situation auch auf Schlachthöfen und in der Fleischwirtschaft. Immer mehr Bereiche, die mit Subunternehmen, Leiharbeit und Werkverträgen arbeiten, sind betroffen. Dies zeigen der jüngste Gammelfleischskandal und die Ergebnisse der Razzien bei Subunternehmen der Getränkeindustrie im Oktober 2006. Outsourcing ist ein Einfallstor für Schwarzarbeit und organisierte Kriminalität. Die aufgedeckten Fälle sind nur die Spitze des Eisberges. Allein im Hotel- und Gaststättengewerbe liegt das Ausmaß der Schwarzarbeit bei knapp sieben Milliarden Euro. Notwendig ist es, mehr und effizienter zu kontrollieren und härtere Strafen zu verhängen.“

Nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei habe der Gesetzgeber konsequent gehandelt, als er im Sommer 2004 mit dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz dem Zoll die alleinige Zuständigkeit für die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung übertragen hatte. Weniger geradlinig sei die organisatorische und personelle Umsetzung.

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle
Stromstraße 4, 10555 Berlin
Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90
Pressesprecher: Rüdiger Holecek

Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten, Hauptstadtbüro
Luisenstraße 38, 10117 Berlin
Tel.: 0 30-28 77 49 693 Fax: 0 30-28 88 49 699
Pressesprecherin: Dr. Karin Vladimirov

So hätten sich im Vollzugsbereich gravierende Mängel ergeben, die sich erheblich auf die Wirksamkeit der Vollzugsmaßnahmen auswirkten. Diese behördliche Aufstellung sei ineffektiv, kostenintensiv und nicht geeignet, mit den benachbarten Polizeivollzugsbereichen des Bundes und der Länder konsequent zusammen zu arbeiten. Die Folge sei, dass die Vollzugsbereiche des Zolls aus unterschiedlichen Mittelbehörden heraus geführt und unkoordiniert nebeneinander her arbeiteten.

Die vom Bundesfinanzministerium (BMF) bereits für das Jahr 2004 prognostizierten Mehreinnahmen von einer Milliarde Euro seien bei weitem nicht erreicht worden. Die so genannte Finanzkontrolle Schwarzarbeit habe 2004 „nur“ rund 40 Millionen Euro und 2005 rund 88 Millionen Euro Bußgelder und Geldstrafen verhängen können.

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Ursächlich für diese enorme Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit ist die organisatorische Zersplitterung der Zoll-Vollzugsbereiche. Notwendig ist es also, alle Vollzugsbereiche des Zolls (Fahndung, Mobile Kontrollgruppen, Grenzaufsichtsdienst) einschließlich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zusammenzufassen. Eine deutlich umfassendere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wäre dann möglich.“ Die GdP halte es für folgerichtig, auch begrifflich von einer „Polizei“ für den Bereich der Bundesfinanzen zu sprechen.

Deutschland braucht eine Bundesfinanzpolizei

Die Gewerkschaft der Polizei fordert, den Zoll in eine administrativ ausgerichtete Bundesfinanzverwaltung und eine Bundesfinanzpolizei mit zentraler Führung durch das BMF zu gliedern. Diese Bundesfinanzpolizei wäre ein wirksames Instrument zur finanzpolizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in folgenden sicherheitsrelevanten, polizeilichen Tätigkeitsfeldern der Schattenwirtschaft:

- Bekämpfung des international organisierten Schmuggels von Waren aller Art,
- Bekämpfung von Außenwirtschaftskriminalität,
- Bekämpfung der international organisierten Geldwäsche,
- Bekämpfung der illegalen Beschäftigung,
- Bekämpfung des Subventionsbetruges und der Steuerhinterziehung zum Nachteil der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten.

Das strukturelle Gerüst der neuen Bundesfinanzpolizei ließe sich leicht und zügig, aus den bestehenden vollzugspolizeilichen Einheiten des Zolls heraus, organisieren. Ein schlanker, zweigliedriger Verwaltungsaufbau sei das Ziel. Die Bundesfinanzpolizeibehörden könnten örtlich so aufgestellt werden, dass sie mit den anderen Bundespolizeien und den Polizeien der Länder deutlich besser kompatibel werden.

Durch den Abbau der aufwändigen Behördenhierarchie könnten so erhebliche Kosten gespart und gleichzeitig die operative Arbeit deutlich gestärkt werden. Das gelte sowohl für die Bundesfinanzpolizei als auch für die Bundesfinanzverwaltung.

Fazit

Nur die Schaffung einer Bundesfinanzpolizei würde den Willen der deutschen Politik deutlich machen, finanzpolizeiliche Straftaten in Deutschland konsequent verfolgen zu wollen. Aus fiskalischen Gründen und aus Gründen einer bestmöglichen Kriminalitätsbekämpfung im finanzpolizeilichen Bereich sei sie unabdingbar.

Die bessere Vernetzung dieser Kriminalitätsbekämpfungssparte mit den nationalen und internationalen Sicherheitsorganen würde genauso erreicht werden wie eine effektivere und effizientere Arbeit der Zoll-Gesamtorganisation.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sei es möglich, diesen Aufbau sozialverträglich zu gestalten.

Bündnisse gegen Schwarzarbeit sichern Beschäftigung

Franz-Josef Möllenberg, NGG-Vorsitzender: „Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung destabilisieren die Sozialkassen, gefährden sichere Arbeitsplätze und den fairen Wettbewerb, weil redlich arbeitende Betriebe – ob in der Lebensmittelindustrie, in der Fleischwirtschaft oder im Gastgewerbe – kaum mehr in der Lage sind, dem Konkurrenzdruck zu widerstehen. Deshalb versucht die Gewerkschaft NGG seit Jahren, mit den Arbeitgebern in der Fleischwirtschaft und im Gastgewerbe sowie dem Bundesfinanzministerium Bündnisse gegen Schwarzarbeit einzugehen und den Schwarzgeldkreislauf zu durchbrechen. Den Schwarzarbeitgebern muss das Handwerk gelegt werden.“

Die Vereinbarung eines gemeinsamen Bündnisses zwischen Bundesfinanzministerium, Deutschem Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) und der Gewerkschaft NGG sowie den Abschluss eines Tarifvertrages zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung hätte der DEHOGA kategorisch abgelehnt. Selbst zugesagte Gesprächstermine seien kurzfristig abgesagt worden.

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle Stromstraße 4, 10555 Berlin Tel.: 0 30-39 99 21-117/6 Fax: 0 30-39 99 21-1 90 Pressesprecher: Rüdiger Holecek

Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten, Hauptstadtbüro Luisenstraße 38, 10117 Berlin Tel.: 0 30-28 77 49 693 Fax: 0 30-28 88 49 699 Pressesprecherin: Dr. Karin Vladimirov
--